

Besprechungen in München

Slowakische und karpatho-ukrainische Minister bei von Ribbentrop

Der Reichsaußenminister des Auswärtigen von Ribbentrop empfing am Mittwoch in München im Führerbau den slowakischen Ministerpräsidenten Tiso und den stellvertretenden Ministerpräsidenten Duranovský zu einer Besprechung. Im Anschluß an diese Unterredung empfing der Reichsminister des Auswärtigen den karpatho-ukrainischen Minister Bacinsky.

An historischen Kampfstätten

Der weitere Verlauf der Sudetengau-Reise des Reichsinnenministers

Der dritte Tag der Fahrt des Reichsinnenministers führte nach einer Reihe von Besprechungen mit den Vertretern von Partei und Staat, die dem Aufbau der sudetendeutschen Gebiete galten, zu historischen Stätten des sudetendeutschen Kampfes um ihr Volkstum. Von Karlsbad ging die Fahrt Dr. Frick nach Kaaden. In dieser alten deutschen Stadt, in der 56 Märtyrer für das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht begeben sind, die im Jahre 1919 von tschechischen Legionären brutal niedergeschossen wurden, legte Dr. Frick einen Kranz nieder. Er sprach von dem großen Schatz, den die Sudetendeutschen hier zu hüten hätten. Die Erinnerung an diese 56! In Brüx und in Dux richtete Reichsinnenminister Dr. Frick einige Worte an die Bevölkerung. Auch hier würden in einigen Monaten wieder Verhältnisse geschaffen werden, die der Bevölkerung große Erleichterung bereiten werden. Dux ist die historische Stadt des Sudetendeutschentums. Hier entstanden die Anfänge jener völkischen Arbeiterbewegung, die im alten Österreich die Arbeitsplätze gegen fremde Einwanderer zu schützen suchte. Hier hat vor allem jener unvergeßliche Mann, dreißig Jahre lang zwischen den deutschen Bergarbeitern gewirkt, an dessen Grabe Reichsminister Dr. Frick einen Lorbeerkranz niederlegte: Hans Knirsch. Er, der einer der reinsten und uneigennützigsten Kämpfer für die völkische Einheit war, trat nach dem Weltkrieg an die Spitze der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in der Tschecho-Slowakei. Zusammen mit seinen Mitarbeitern Hans Krebs und Rudolf Jung machte er diese Partei zum stärksten Bollwerk des Sudetendeutschentums.

Teplitz-Schönau war das Ziel der Fahrt. Diese Stadt hatte sich besonders schön geschmückt. Zehntausende standen in den Straßen, Kopf an Kopf drängte sich die Menge auf dem Adolf-Hitler-Platz, wo schon einmal, vor genau zehn Jahren, am 19. Oktober 1928, Dr. Frick zu den Sudetendeutschen sprach. Immer wieder wurden die Worte des Ministers, der auf diesen seltenen Zufall hinwies, vom brausenden Beifall unterbrochen, als er in großen Zügen die geschichtliche Wende nicht nur im Altreich, sondern auch hier im Sudetenlande in das Gedächtnis zurückrief.

Jubel um Reichsminister Rust

Unmittelbar nach der großen Kundgebung in Troppau begann Reichsminister Rust seine Besichtigungsfahrt durch das Auhlandchen. Unbeschreiblich war der Jubel in allen Orten, durch die die Fahrt ging. Nicht weniger als zehnmal hielt er längere Ansprachen. Zu gewaltigen Kundgebungen gestalteten sich die Empfänge in Odran, Zauchatal und insbesondere in der Neutitschein. In den Abendstunden fuhr Reichsminister Rust dann in das Hultschiner Ländchen, das einen besonders schweren Kampf um seine deutschen Schulen führen mußte. Der Markt von Hultschin strahlte im Fackelschein, und der Jubel der Menschen kannte keine Grenzen. In packenden Worten umriß der Minister in einer Ansprache das Wesen des nationalsozialistischen Kampfes, immer wieder vom Beifall der Zuhörer unterbrochen.

Auf der Weiterfahrt durch das Altvatergebirge wurde dem Minister überall ein herzlicher Empfang zuteil. In jedem Ort wieder die aus tiefstem Herzen kommenden Heil-Grüße, vor jeder Schule die Jugend mit dem ganzen Dorf — und Blumen, unendlich viel Blumen. Auch hier sprach er in verschiedenen Orten des besetzten Gebietes zu den sudetendeutschen Erziehern. Bei diesen Gelegenheiten erklärte der Minister u. a.: „Ich will in Deutschland keine höheren Mädchen mehr sehen und keine höheren Knaben, sondern nur deutsche Jugend.“ Ein anderes Mal erklärte er: „Arbeitslose gibt es nicht in Deutschland, Wehrlose auch nicht — und Gesinnungslose erst recht nicht!“ Wieder ein anderes Mal sagte der Minister: „Was jetzt kommt, ist Arbeit, aber auch Deutschlands größte Zeit.“ Die Zustimmung, die diese Ausführungen des Reichserziehungsministers überall fanden, bewies, daß die sudetendeutsche Erzieherschaft ihre schwere, aber auch schöne Aufgabe, die sie im nationalsozialistischen Großdeutschland zu erfüllen hat, verstanden hat.

Die Forderungen der slowakischen Autonomisten

Prag. Das Blatt der slowakischen autonomistischen Jugend, der „Nastup“, veröffentlicht heute die Forderungen der slowakischen Autonomisten. Die Forderungen sind insofern größere Bedeutung zu, als der slowakische Justizminister Dr. Duranovský als Vertreter der autonomistischen Jugend in die Regierung berufen worden ist. In dem Artikel wird u. a. festgestellt, daß die Slowakei vollkommen reorganisiert werden müsse. Zu diesem Zweck werde die Regierung aufgefordert, folgende Punkte zu erfüllen:

Die tschechischen Beamten, Staatsangestellten und die öffentlichen Beamten hätten unverzüglich auf ihre Stellen zu verzichten und die Slowakei zu verlassen. Jene tschechischen Beamten und Angestellten, die in der Slowakei tätig seien und über eine entsprechende Qualifikation verfügten, müßten bei den zuständigen slowakischen Ministern um ihre Wiederanstellung nachsuchen, wobei jedoch in erster Linie das bestehende Vertragsverhältnis zu lösen sei. Juden dürften nur entsprechend ihrem hundertfachen Stellenwert einnehmen. Das beziehe sich aber nur auf jene Juden, die 1918 auf dem Gebiet der heutigen Slowakei bereits die Zuständigkeit erworben hätten. Die anderen Juden hätten innerhalb aller kürzester Zeit auszuwandern. Vor ihrer Auswanderung müßten sie jedoch einen Teil des in der Slowakei erworbenen Vermögens dem Staate übergeben. Die Regierung habe schließlich innerhalb aller kürzester Zeit eine Parzellierung der Großgrundbesitze, in erster Linie der aus der tschechischen Bodenreform stammenden Restgüter, durchzuführen, damit der Boden der Slowakei aus dem Besitz der Tschechen endgültig in den Besitz des Volkes gelange.

Chamberlains drei Feinde

Präventivkrieger, „Entehrte“ und Sowjetrußland

Gegen alle diejenigen, die in letzter Zeit die Friedenspolitik Chamberlains, insbesondere wegen seines Münchener Abkommens, angegriffen haben, wendet sich die „Times“.

Die Feinde der Politik Chamberlains, so schreibt das Blatt, könne man in drei Kategorien einteilen. Noch am logischsten seien diejenigen, die sich für einen Präventivkrieg einsetzen. Diese glaubten also noch an Machtpolitik und hätten nichts von 1914 und 1919 gelernt. Ihnen könne man antworten, daß sie genau das erreicht haben würden, was Chamberlain verhinderte, nämlich einen Weltkrieg im Jahre 1938.

Die zweite Kategorie vertrete die Lehre des Prestiges. Bezeichnend für sie sei, daß sie das Münchener Abkommen als eine entehrende „Uebergabe vor Drohungen“ hinstelle. Selbstverständlich, so meint die „Times“, würde es besser gewesen sein, wenn man das dem deutschen Volke durch die Grenzen von Versailles zugefügte Unrecht wiedergutmacht hätte, während Deutschland noch verhältnismäßig schwach gewesen sei. Jetzt aber eine Wiedergutmachung einfach zu verweigern, weil Deutschland stark genug geworden sei, würde die Zukunft Europas wegen der in der Vergangenheit gemachten Fehler noch mehr gefährden.

Die dritte Kategorie seien diejenigen, die behaupteten, daß Chamberlains Versöhnungspolitik gegenüber Deutschland auf nichts anderes abziele als auf eine Allianz mit den „faschistischen Staaten“ gegen Sowjetrußland. Diese wiesen besonders darauf hin, daß man Sowjetrußland in München nicht gefragt habe. Dafür gebe es nur eine Antwort, so meint die „Times“, nämlich die, daß „Sowjetrußland nicht am tschechischen Streit beteiligt gewesen sei“.

Abschließend erklärt das Blatt, Chamberlain habe sich mit Problemen befaßt, die ein Ergebnis des Werkes von Versailles und der Pläne zur Einkreisung Deutschlands gewesen seien. Dieses ganze System, dessen

Galtlosigkeit man mittlerweile eingesehen habe, sei in den vergangenen Jahren trotzdem aufrechterhalten worden, und zwar nicht von der britischen Regierung, sondern von anderen Mächten, die „im eigenen Interesse zu handeln glaubten“. Chamberlain habe mit dieser traurigen Erbschaft aufgeräumt.

„Das muß aufhören!“

Paris gegen die Kriegsheke jüdischer Emigranten.

In allen Kreisen der französischen Bevölkerung zeigt man für eine Lösung der Frage des in Paris von Tag zu Tag stärker werdenden Emigrantenunwesens immer größeres Interesse. Gerade die Ereignisse der vergangenen Wochen haben mit aller Eindringlichkeit gezeigt, wo die eigentlichen, wirklichen Störenfriede zu suchen sind.

Der „Matin“ stellt hierzu fest, daß es vielen Franzosen einfach unverständlich ist, warum gerade die Kreise der aus Deutschland geflüchteten Emigranten in der französischen Außenpolitik von maßgeblichem Einfluß sind. In diesem Zusammenhang führt das Blatt den entschiedenen Protest der Elsässer gegen die von Emigranten redigierten „Lügen- und Hehnadrichten des Straßburger Senders an.“

„Aber auch in den amtlichen Stellen“, so meint das Blatt, „ist man nur allzuleicht geneigt, diesen Leuten, die mit ihren Haß- und Rachegefühlen doch nur die Ueberbleibsel einer vergangenen Epoche darstellen, Gehör zu schenken. So stand die Leitung der Presseabteilung des Quai d'Orsay für alle die in Frankreich lebenden Deutschen betreffenden Fragen unter der Krante des ehemaligen Chefredakteurs der „Vossischen Zeitung“, Georg Bernhard. Natürlich verlangen die Leute nichts anderes, als daß Frankreich sich in ihre Angelegenheiten einmische möge, ebenso wie die Rotspanier, die marxistischen Oesterreicher und wie alle politischen Flüchtlinge aller Länder, denen Frankreich die Arme öffnet. Das muß jetzt endlich aufhören.“

Aus diesen Ausführungen des führenden Pariser Blattes spricht der entschlossene Wille, keine Bevormundung durch nachsichtige Emigranten mehr zu dulden. Paris will nicht länger das europäische Asyl politischer Unruhestifter sein.

Kein Mißbrauch von Befoldungsmitteln

Die Verwendung der staatlichen Pfarrerbefoldungsfonds

Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten hat in einem Erlaß an die Finanzabteilung bei der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei in Berlin-Charlottenburg, die Finanzabteilungen bei den kirchlichen Behörden in Preußen, den protestantischen Landeskirchenrat der Pfalz in Speyer, die Herren Erzbischöfe und Bischöfe in Preußen und im Saarland, Herrn Bischof Kreuzer in Bonn und das Oberkirchenkollegium in Breslau die Verwendung der staatlichen Pfarrbefoldungsfonds klargestellt.

Danach dürfen die Mittel der im preussischen Haushalt und im Haushalt für das Saarland zur Pfarrbefoldung und zur Versorgung der Ruhestandspfarren und Pfarrhinterbliebenen bereitgestellten Fonds nur für solche Personen Verwendung finden, die sich der Fürsorge des Staates würdig erweisen.

„Ich habe die Herren Oberpräsidenten, den Herrn Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin, die Herren Regierungspräsidenten, den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin und den Herrn Reichskommissar für das Saarland demgemäß angewiesen, in Zukunft nach eingehender Prüfung des Einzelfalles die Sperre der staatlichen Pfarrbefoldungsmitteln bei denjenigen Personen herbeizuführen, die sich gegen Gesetze und Anordnungen des Staates vergehen. Die Staatsbehörden werden gegebenenfalls die zuständige kirchliche Behörde ersuchen, die Bewilligung von Befoldungsmitteln aus dem staatlichen Pfarrbefoldungsfonds für die genannten Personen einzustellen. Diesem Ersuchen ist sofort zu entsprechen. Den zuständigen Staatsbehörden ist Mitteilung über das Veranlaßte zu machen.“

Die durch die Zahlungssperre verfügbar werdenden Staatsmittel können beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen zur Bewilligung von Beihilfen an andere Kirchengemeinden verwendet werden, deren Pfarrbefoldungsbedarf nicht mit den vorhandenen Mitteln gedeckt werden kann.

Durch diesen Erlaß wird dem Mißbrauch der Befoldungsmittel durch solche Personen und Gruppen vorgebeugt, die sich nicht auf ihr innerkirchliches, glaubensmäßiges Gebiet beschränken, sondern gegen staatsrechtliche Grundsätze und die staatliche Rechtsordnung verstoßen.

Bekennnis zu Gott

Abrechnung mit den Lügenparolen der weltanschaulichen Gegner.

Vor den Schulungsmännern der Partei auf der Ordensburg Gröfensee stellte der Leiter des Hauptbildungsamtes, stellvertretender Gauleiter Friedrich Schmidt eine eingehende Untersuchung über die politische und weltanschauliche Kräftebildung Europas und der Welt an. Drei Parolen sind es heute, so betonte Schmidt, welche die uns weltanschaulich feindlich gesinnten Weltmächte als Anklage und Vorwürfe gegen uns erheben. Diese drei Parolen, durch welche das Weltjudentum, die Weltfreimaurerei und der Weltkonfessionalismus in maßloser Weise die Völker der Erde gegen Deutschland aufzuheizen beginnen, lauten: Deutschland ist das Grab der schaffenden Menschen; Deutschland ist das Grab der persönlichen Freiheit; Deutschland ist das Land der Ketzer und Atheisten.

Daß Deutschland das Grab der schaffenden Menschen sei, darüber lache in Deutschland heute jedes Kind. Im Dritten Reich arbeiten die besten Köpfe täglich und stündlich an der Verwirklichung des Sozialismus. Zu der angeblichen Verwirklichung der persönlichen Freiheit des Deutschen führte der Redner folgendes aus: Der Nationalsozialismus hat für den Deutschen alle einengenden Schranken und alle dogmatischen Hemmnisse beseitigt und das Tor zu wahrhaftiger und lechter Freiheit aufgerissen: Zur Freiheit, die ihre Voraussetzung hat in der Gebundenheit des persönlichen Seins an die ewigen und unantastbaren Gesetze der Schöpfung. Die Freiheit des Deutschen liegt in seinem Gehorsam und in der Anerkennung der göttlichen Ordnung der Welt. Die Hezer mögen nicht vergessen, daß die höchste Freiheit des deutschen Menschen in seiner Hingabe an das Volk und in seiner Bereitschaft liege, für die Idee des ewigen Volkes zu sterben.

Das aus freier und innerster Ueberzeugung von jedem Nationalsozialisten abgegebene Bekenntnis zu den ewigen göttlichen Gesetzen ist zugleich ein Bekenntnis zu Gott. Die Worte, mit denen Adolf Hitler in seinen Reden sein Werk unter den Schutz des Allmächtigen stellt, sind ein Ausdruck tiefer religiöser Glaubwürdigkeit. Der Nationalsozialist glaubt an Gott. Der Vorwurf der Gottlosigkeit ist darum für den Nationalsozialisten die größte Beleidigung und die tiefste Verletzung seiner Ehre. Da wir die Gesetze der Schöpfung anerkennen und uns bemühen, nach ihnen zu leben, ihren Sinn zu erkennen und zu erfüllen, sind wir tausendmal mehr gläubig, religiös, und stehen tausendfach mehr in der Ordnung Gottes als jene, welche aus dogmatischer Selbstverdrängung die natürlichen Gesetze Gottes leugnen, und damit sich in Widerspruch setzen zu der Schöpfungswirklichkeit und damit zu Gott selbst.

Polens Außenminister bei König Carol

Wie die Polnische Telegraphenagentur aus Bukarest meldet, hat die Unterredung des rumänischen Königs mit dem polnischen Außenminister in Galatz am Mittwoch dreieinhalb Stunden gedauert. Oberst Beck hat, wie aus Galatz berichtet wird, Pressedirektoren gegenüber erklärt, daß Polen nach der Eingliederung von Teschen keine territoriale Forderungen mehr stelle. Die Beziehungen zu Prag würden nunmehr wieder normal sein.

London berät über Palästina

Sitzung des englischen Kabinetts.

Das englische Kabinetts hielt eine etwa vierstündige Sitzung ab. Wie verlautet, wurden alle auf der Tagesordnung stehenden Fragen behandelt, ohne jedoch irgendwelche Beschlüsse zu fassen. U. a. wurde die Palästinafrage besprochen, über die Kolonialminister MacDonald einen längeren Bericht vorlegte, ferner Verteidigungsfragen.

Premierminister Chamberlain hatte ferner Besprechungen mit Luftfahrtminister Sir Kingsley-Wood und Verteidigungsminister Sir Thomas Inskip. Am Abend wurde Chamberlain vom König in Audienz empfangen. „Evening News“ will wissen, daß u. a. die Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien und die noch ausstehende Ratifizierung des englisch-italienischen Abkommens behandelt worden seien. Das englisch-italienische Abkommen werde in der zweiten Novemberwoche dem Parlament vorgelegt werden. „Evening Standard“ glaubt, daß im Vordergrund der Beratungen die Verteidigungs- und Rüstungsfrage gestanden habe.

Jerusalem Altstadt gefallen

Wie palästinenische Araberkreise mitteilen, dauerte der Feuerkampf um die Jerusalemer Altstadt am Dienstag von 17 bis 3 Uhr morgens ununterbrochen an. Um 5 Uhr morgens am Mittwoch setzte das Feuer erneut ein, um dann um 8 Uhr abgebrochen zu werden, um welchem Zeitpunkt englische Truppen in die Altstadt von verschiedenen Seiten her eindrangen. Die arabischen Freiheitskämpfer, denen alle Schleichwege wohlvertraut sind, sollen während der Feuerpause am frühen Morgen des Mittwoch aus der Jerusalemer Altstadt entkommen sein. Es verlautet gleichzeitig, daß die Militärbehörden in Akko 2000 Araber verhaftet und nach Safed übergeführt haben.

9 Tote und 40 Verhaftete in der Altstadt

Sämtliche Häuser wurden durchsucht. Auf den Straßen und Plätzen stand alle zehn Meter ein Militärposten. Das Ergebnis der großangelegten Aktion ist nicht sehr imponierend: nur 40 Araber konnten festgenommen werden. Die Zahl der getöteten Araber beläuft sich allerdings schon auf neun, unter denen sich auch eine Frau befindet. Der Tempelplatz ist von den Engländern nicht besetzt worden, sondern nur dessen Umgebung.